

19. AUG. 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/188 - 19. August 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>UNO einstimmig für Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen</u> Eine begrüßenswerte Entscheidung der Weltorganisation	47
2 - 3	<u>Großbritannien - EWG - EFTA</u> Von Ludwig Metzger, MdB, Mitglied des europäischen Parlaments in Straßburg	54
3	<u>Freigesprochene "Geister"</u> Ein Fall für die innere Führung der Bundeswehr	19
4	<u>"Frontbegräbigung" bei Blank</u> Zu den Geheimverhandlungen über die Krankenversicherungsreform Von W. Jansen	43
5	<u>Kiel hat wieder einen interessanten Prozeß</u> Hoher Landesbeamter unter Anklage des Meineides	47
6 - 7	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten <u>Fürth - Bilanz unserer Stadt</u> Von Oberbürgermeister Dr. Hans Bornkessel	70

* * * * *

UNO einstimmig für Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen

Eine begrüssenswerte Entscheidung der Weltorganisation

sp - Was kaum vorauszusehen war, ist trotzdem geschehen: einstimmig haben die 82 Mitglieder der UNO-Abrüstungskommission am Donnerstagabend eine Entschliessung angenommen, in der es heisst, dass die Kommission

"im Hinblick auf den Ernst des Abrüstungsproblems weitere Bemühungen als notwendig erachtet und empfiehlt, um die frühestmögliche Fortsetzung der internationalen Verhandlungen zu einer konstruktiven Lösung der Frage einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen".

Sogar die Sowjets haben dieser Entschliessung zugestimmt, obwohl sie ursprünglich festgelegt wissen wollten, dass alle Regierungschefs der UNO-Mitgliedsstaaten an der Abrüstungsdebatte im September teilnehmen sollten. Das schliesst natürlich nicht aus, dass Chruschtschow im September nach New York kommen wird, um dort selbst seine Auffassungen an den Mann zu bringen.

Wie sich schon seit langem andeutet, werden die Sowjets die September-Vollversammlung der UNO als Start für eine die ganze Welt umspannende Abrüstungskampagne vorbereiten. Auch ihr bemerkenswert konzilianteres Verhalten bei den Genfer Verhandlungen über den Stopp der Atomwaffenversuche lässt darauf schliessen.

Es ist unerheblich, ob dieser oder jener Staat die Diskussion über das Abrüstungsproblem aus der Perspektive reiner Propagandaüberlegungen sieht. Die Tatsache, dass die 82 Delegationen der UNO diese die ganze Menschheit bedrückende Frage nicht von der Tagesordnung internationaler Konferenzen verdrängen lassen wollen, ist an sich schon zu begrüssen.

Unter diesen Umständen werden auch die kleineren Staaten - ganz gleich ob sie Mitglied der UNO sind oder sich im Rahmen einer oder regionalen Militärbündnisse mit Rüstungsfragen befassen - Überlegungen anstellen müssen, mit welchen praktischen Vorschlägen sie sich gegebenenfalls in die zu erwartende allgemeine Abrüstungsdiskussion einschalten können. Es dürfte nicht genügen, wenn sie immer nur erklären, sie wollten sich irgendwann einmal dieser oder jener Vereinbarung anschliessen; etwa nach dem Motto: Handmann, geh du voran! -

Während der Debatte in der UNO-Abrüstungskommission hat z.B. Kanadas Vertreter seine Haltung eingenommen, (es keinen Zweifel mehr darüber aufkommen lässt, dass es auch in der westlichen Hemisphäre Staaten gibt, die bei aller Bereitschaft zur Abwehr satlicher Aggressionen oder Propagandatricks nicht mehr in jedem Falle gewillt sind, sich nur noch im Sog der "Grossen" zu bewegen. Diese Lockerung der "Kleinen", vor allem aber der nicht blockgebundenen Staaten in der UNO, dürfte sich vermarken.

Das sind im Augenblick nur Hinweise auf mögliche neue Entwicklungen in der Weltpolitik. Entscheidend bleibt zunächst die Feststellung, dass alle Mitglieder der UNO trotz der seit dem Pilsko von Paris angespannten Weltlage das Abrüstungsproblem auch weiterhin als wichtigsten Bestandteil der Weltpolitik überhaupt betrachten.

Großbritannien - EWG - EFTA

Von Ludwig Metzger, MdB,

Mitglied des europäischen Parlaments in Straßburg

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) habe die Aufgabe, sich zunächst in sich selbst zu festigen, ihre Entwicklung zu beschleunigen und erst nach ihrer Konsolidierung organisatorische Verbindungen mit anderen europäischen Zusammenschlüssen (z.B. dem Europa der Sieben, der EFTA, unter Führung Großbritanniens) zu suchen, hat der Präsident der Kommission der EWG, Professor Hallstein, bei jeder Gelegenheit gesagt. Die EWG sei viel mehr als eine Zollunion; ihr letztes Ziel sei politisch. Da man das von einer Freihandelszone, wie sie die EFTA darstellt, nicht sagen könne, werde die klare Konzeption der EWG verwischt, wenn sie sich frühzeitig mit anderen Gemeinschaften einlasse. Und nun zeigt sich wieder einmal, dass die Politik des "alles oder nichts" nicht geeignet ist, ein Ziel zu erreichen. Die Kommission hat über dem Starren auf das eine Ziel, nämlich der EWG politische Stärke zu verschaffen, die ihr nach dem EWG-Vertrag verliehenen politischen Möglichkeiten veräuert.

Nach Artikel 238 des Vertrages kann die EWG mit einem dritten Staat oder einer Staatengemeinschaft Assoziierungsabkommen schließen. Diese Bestimmung ist, soweit von Staatenverbindungen die Rede ist, gerade im Hinblick darauf geschaffen worden, dass eine europäische Freihandelszone zustande kommen sollte. Dabei war der Kommission eine initiativ Rolle zugeordnet. Sie sollte die Abkommen aushandeln, die vom Ministerrat zu schließen sind. Soweit Abkommen mit einzelnen Staaten in Frage kommen, sind von der Kommission im Einvernehmen mit dem Ministerrat tatsächlich Verhandlungen (nämlich mit Griechenland und der Türkei) geführt worden, die allerdings noch nicht bis zum Abschluss gereift sind. Hier befürchtet man nichts für die eigene Stärke. Aber ernsthaften Verhandlungen zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit einer Staatenverbindung (konkret gesprochen: mit der EFTA) ist die Kommission ausgewichen. Die Gefahr einer Spaltung Europas - auf die im Europäischen Parlament immer wieder warnend hingewiesen worden ist - glaubte Präsident Hallstein als nicht existierend bezeichnen zu können.

Dass die Realitäten des politischen Lebens zwingen, diese Gefahr einer Spaltung zu sehen, hat die letzte Entwicklung gezeigt. Es ist bekannt, dass der französische Staatspräsident de Gaulle kein Freund einer allzu engen Integration der EWG ist. An dieser Einstellung hat sich auch dadurch nichts geändert, dass maßgebliche Kreise Frankreichs sich zustimmend zu dem Projekt der europäischen Wahlen innerhalb der EWG geäußert haben. Aber dass Großbritannien und die anderen europäischen

staaten ausserhalb der EWG nicht dauernd neben der Entwicklung herlaufen können, hat man in dem Gespräch de Gaulle-Adenauer in Paris offenbar doch eingesehen. Das Gespräch Adenauer-Macmillan, das sich aus der Zusammenkunft de Gaulle-Adenauer ergab, war u.a. der Versuch, dem Auseinanderstreben von EWG und EFTA und den sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen zu steuern. Aber jetzt wird der Weg anders ausscher, als er in dem EWG-Vertrag vorgezeichnet ist. Die nationalen Regierungen werden miteinander verhandeln. Die supranationalen Institutionen werden nicht zum Zuge kommen. Es sieht so aus, dass Vereinbarungen zwischen den Staaten (also auf föderativer Basis) und nicht supranationale Vereinbarungen, bei denen über den Staaten stehende Organe wirksam werden, angestrebt werden.

Das bedeutet aber, dass die EWG und ihre Organe keinen politischen Nachtwache erfahren, sondern bei der Lösung der eigentlich politischen Fragen ausgeschaltet werden. Von den Möglichkeiten, die die Kommission ausgeschlagen und damit versäumt hat, wird keine Rede mehr sein. Indem sie in erster Linie an die Stärkung des Teils Europas gedacht hat, der die EWG bilden und das übrige Europa sich mehr oder weniger selbst überlassen wollte, hat sie eine Schwächung ihrer eigenen Position bewirkt.

+ + +

Freigesprochene "Geister"

sp - Ein Wiesbadener Schöffengericht hat am Donnerstag drei Soldaten freigesprochen, die nach einem sogenannten gemütlichen Abend auf das Zimmer eines Kameraden gegangen waren und den Schlafenden mit Fäusten, einem Kessel und einem Riemen misshandelt hatten. Wie die drei Soldaten vor Gericht sagten, wollten sie auf diese Weise einen ihrer Kameraden "verziehen". In der alten Kommissprache nannte man derartige Strafexpeditionen "Heiliger Geist" ... - Wenn dieses Urteil auch von anderen Instanzen bestätigt wird, erhalten Habaken und Kameradenschinder in der Bundeswehr einen Freibuss für ähnliche "Strafexpeditionen". Wir meinen, dass die Schöffen des Wiesbadener Gerichtes - der Staatsanwalt hatte für die Angeklagten Freiheitsstrafen von mehreren Wochen beantragt - wahrscheinlich noch nicht begriffen haben, dass die Bundeswehr kein Tummelplatz für Selbstjustiz sein darf. Oder haben sie sich vielleicht ein Beispiel an Dr. Adenauer genommen, der seinerzeit empfohlen hatte, Wändebeschmierer "auf der Stelle und mit eigener Hand" zu bestrafen? - Wie dem auch sei: Das Wiesbadener Urteil ist ein Fall, der unseres Erachtens die innere Führung der Bundeswehr angeht und dem Parlamentsbeauftragten für die Bundeswehr, Herrn Grolman, Gelegenheit geben sollte, sich intensiv um das Problem eigenmächtiger Strafjustiz in der Bundeswehr zu kümmern.

+ - +

"Frontbegradigung" bei Blank

Von W. Jansen

Kanzler Dr. Adenauer, der jede Chance nutzt, unbequere Fragen möglichst parlamentsfern zu regeln, hat die Bundestagsferien auch zu geflüchtigter Betriebsamkeit bei der Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung genutzt. Nur wenige erfuhr, daß Arbeitsminister Blank in aller Stille mit den Vertretern der Ärzte konferierte. Die Tatsache einer Adenauer-Ärzte-Konferenz wurde zwar veröffentlicht; über den Inhalt der Gespräche schwieg man sich hingegen aus. Die Geheimdiplomatie, aussenpolitisch auf den Schild gehoben, feiert auch in der Innenpolitik Triumphe.

Das ist zunächst einmal ein schlechtes Zeugnis für die Regierungspartei. Sie hat 51 Prozent der Sitze. Solange der Kanzler sie hinter sich hat, braucht er nichts zu fürchten. Wenn er grossen Wert darauf legt, in ihrer Abwesenheit zu verhandeln - obwohl doch der Gesetzentwurf längst den Regierungshänden entglitten und beim Parlament gelandet ist - gibt er zu, daß er sich auf die Gefolgschaft seiner Mannen nicht blindlings verlassen kann.

Doch wenn sie wiederkommen, werden sie mitreden wollen. Und darum muss das, was inzwischen ausgehandelt wird, immerhin noch für die Bundestagsmehrheit akzeptabel sein. Vielleicht ist man bei der Regierungspartei gar nicht so böse, wenn des Kanzlers Geheimverhandlungen die goldene Brücke bauen, auf der man von den verworrenen Fraktionsbeschlüssen wieder herunterkommen kann.

Jedoch: In Bonn sind alle Wände dünn. Und so ist denn auch einiges von den Besprechungen in die Öffentlichkeit gesickert, allen Versuchen zum Trotz die Dinge zu verschleiern. Vielleicht hat man sogar mit Absicht "sickern" lassen, um die stauende Bevölkerung langsam an den totalen Zusammenbruch des Bundesarbeitsministers zu gewöhnen.

Was wollte Blank? Er wollte eine empfindliche Selbstbeteiligung an jeder ärztlichen Leistung. Was will er jetzt? Nach dem, was bekannt geworden ist: eine Krankenscheingebühr für die Pflichtversicherten, die mit der ärztlichen Leistung selbst praktisch nichts mehr zu tun hat; sie ist nur noch fiskalischer Natur.

Fürwahr: eine "Frontbegradigung" unter dem vereinten Ansturm der gesamten Öffentlichkeit und des Parlaments. Nur die freiwillig Weiterversicherten sollen zur Wahrung des Blank-Gesetzes - sozusagen als Kranke zweiter Klasse - nach abgestandenem Rezept dem Selbstbeteiligungsexperiment am Krankenbett unterzogen werden.

Blanks "Frontbegradigung" ist ein unzureichendes Manöver. Die Barriere, die er zwischen Arzt und Patient aufrichtet, wird ein gutes Stück abgeflacht; sie wird aber nicht beseitigt. Und darauf kommt es für die Volksgesundheit an!

Kiel hat wieder einen interessanten Prozeß

mu - Kiel

Am 16. September beginnt vor der Dritten Grossen Strafkammer des Kieler Landgerichts ein Prozess gegen den amtsentobenen Präsidenten des Landesrechnungshofes von Schleswig-Holstein, einen der obersten Beamten des Landes, Dr. Karl Marbach. Dabei bildet die schwere Anschuldigung, Marbach habe in zwei Punkten vorsätzlichen Meineid begangen, nur den Vordergrund für die schweren Verbrechen, die in Griechenland während der nationalsozialistischen Zeit durch die deutschen Besatzungsbehörden begangen worden sind.

Die Ausschreitungen von Mitgliedern der Besatzungsbehörden, besonders im Sommer 1942 im Raum Saloniki, werden der Hintergrund des zehntägigen Prozesses sein, bei dem rund 50 Zeugen über die damaligen Ereignisse aussagen sollen. Es geht um die Frage, ob nicht Marbach sich daran noch erinnern müssen.

Erst entlastet - jetzt doppelt belastet

Marbach selbst wurde durch die Einstellung eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens im Januar 1959 von dem Vorwurf entlastet, selbst als Kriegsverwaltungsrat in Saloniki an den Ausschreitungen gegen Griechen und Juden teilgenommen zu haben. Er wurde aber am 22. Juli 1958 von einem Richter in Kiel in der Rechtsschutzsache für den Berliner Rechtsanwalt Dr. Max Merten vernommen, der im März 1959 von einem Sondergericht in Athen wegen Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt und im November 1959 begnadigt wurde. Hierzu kam Oberstaatsanwalt Thamm in Kiel zu der Auffassung, dass Marbach des fahrlässigen Falscheides anzuklagen sei. Überraschend ging die Dritte Grosse Kieler Strafkammer am 19. Februar noch einen Schritt weiter, indem sie die Anklage auf den vorsätzlichen Meineid in zwei Punkten ausdehnte. Es waren aus Athen über das auswärtige Amt in Bonn Dokumente nach Kiel gekommen, aus denen die Strafkammer folgerte, daß Marbach eines doppelten Falscheides angeklagt werden muss.

Es geht um die Juden und Partisanen in Griechenland

Auch Dr. Merten soll in Kiel als Zeuge vernommen werden. Er wird aussagen müssen, was nun Marbach eigentlich alles gewusst haben kann. Es geht da um die vorsätzliche Tötung von 6 000 griechischen Partisanen und die Einweisung von 46 000 griechischen Juden in die SS-Vernichtungslager in Polen sowie um die Terrorisierung von 56 000 Juden in Saloniki. Das Gericht in Athen hielt Merten als den dafür Verantwortlichen. Es geht ferner um die Zwangsregistrierung von 8 000 Juden am 13. Juli 1942 auf dem Freiheitsplatz in Saloniki.

Marbach argumentiert, er könne sich nach 17 Jahren nicht mehr an die damaligen Vorgänge erinnern, zu denen er keine persönliche Beziehung gehabt habe, wobei sein Erinnerungsbild ferner durch eine spätere Kriegsverletzung noch vermindert worden sei. Wenn es auch richtig sei, daß er (Marbach) im Herbst 1941 Lageberichte der 164. Division über Repressalien im griechischen Grenzgebiet unterzeichnet habe, so sei es doch ebenso richtig, dass er mit den Ausschreitungen zu tun hatte und auch andere sich nicht erinnern könnten, den Lagebericht gegengezeichnet zu haben.

Fürth - Bilanz unserer Stadt

Von Oberbürgermeister Dr. Hans Borkkessel

Fürth ist eine Industrie- und Handelsstadt. Ihr Alter? 950 Jahre. Ihre Bevölkerung hat sich seit 1945 von 60 000 auf 100 000 vermehrt. Stellt man diesen Anstieg, mit dem das Wachstum der kommunalen Bedürfnisse Schritt gehalten hat, in Vergleich zu der 15-Jahresfrist von 1945 - 1960, so kann man ermessen, was auf allen Gebieten des kommunalen Lebens geleistet werden mußte.

Spricht nun der Kommunalpolitiker von Einwohnerzahlen, denkt er da heute nicht noch stets in Wohnungseinheiten? Der Bedarf daran (8000) wurde unter großen Anteil von städtischen Mitteln und einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu 4/5 gedeckt. Dazu kommen in den nächsten Jahren noch 2000. Sie werden eine Trabantenstadt für 10 000 Menschen vollenden.

Die leeren Wohnräume behaglich einzurichten, hilft Fürths weitreichende Industrie. Fürth beherbergt fünftausend Betriebe, deren Ansiedlung und Ausbreitung die Stadt mit Nachdruck gefördert hat.

Den Schritt auf die Straße, bzw. die Fahrt aus Garage und Werkhof in ein Straßennetz, worin z.B. noch die Erste Deutsche Eisenbahn gefahren ist, zu erleichtern, wurden bis heute 10 Millionen DM ausgegeben. Wir haben neue Straßen gebaut auf eine Länge, die zu messen ein Auto in Ortsverkehrstempo fast 1 Stunde benötigen würde. Dabei hätte es Brücken zu passieren, die im entferntesten nicht mehr an ihren Nachkriegszustand erinnern. Bald wird das Band einer Umgehungsstraße (11,5 Millionen-Projekt) den Süd-West-Rand Fürths umfließen.

Würde ein Vehikel die Strecke der unter den Straßen (für 13 Millionen) verlegten Röhre der Stadtentwässerung abnossen, und sollte dies ebenfalls eine Stunde geschehen, so wäre eine gebührenpflichtige Verwarnung fällig (60 km!). -

Das Leben einer Stadt ist nur dann gesund, wenn es auch das der Bevölkerung ist. Dem zrug nicht nur unser moderner Wohnungsbau Rechnung. Wir legten Grünflächen an, schufen Spiel- und Sportplätze, Bäder und Jugendheime und selbstverständlich auch ein Altersheim. Ruhe und Erholung bietet allen unser - durch "Grünen und Blühen" bekannter -

Stadtpark mit Freilichtbühne. Wir haben ein großartiges Sommerbad für 10 000 Badegäste. Ein Hallenschwimmbad folgt. Der gesamte Stadtwald, dessen bisher berühmteste "Besucher" wohl Wallenstein und Gustav Adolf (1632) gewesen sind, wird chlorophyllreicher Volkspark (377 ha).

Am Anfang aller Bemühungen um körperliches Wohl und Fürsorge der Menschen in einer Stadt stehen: Entbindungsheime und Krankenanstalten. Hierfür leistet Fürth jährlich Millionenzuschüsse (HPI-Volumen 1960 - Rumpfhauhalt-: 35,3 Millionen DM). Vor wenigen Jahren hat unser Krankenhaus einen Pflegepersonal-Bau erhalten.

Natürlich haben wir auch auf kulturellem und schulischem Gebiet Beachtliches geleistet. Wenn die Trabantenstadt-Schule (Pavillonbauweise mit Sport- und Spielplätzen) fertig ist, besitzt Fürth 5 neue Volksschulen. Ein neues Mädchengymnasium mit Handelsschule sowie eine weibliche Berufsschule wollen wir bauen; eine Schule für männliche Berufsschüler - modern und nach pädagogischen Einsichten ausgerichtet - ist schon im Bau (5,5 Millionen DM). - Mit dem 10. Geburtstag der hiesigen Volkshochschule erreichte die Erwachsenenbildung Fürths einen Höhepunkt. Das Stadttheater, ein barockes Schmuckkästchen, bekommt in absehbarer Zeit eine Schwester; die "Stadthalle". -

Fürth ist auch "innerlich" mitgewachsen: Der Ausbau der Versorgungsbetriebe hat gegenwärtig folgenden Entwicklungsstand erreicht: Stromversorgungsnetz auf 490 km, das ist das Doppelte des Nachkriegsstandes, erweitert; ein Gasbedarf-Mehr von 8 Millionen cbm wird gedeckt (jetzt 16); Wasserhaushalt von 4,9 Millionen cbm (1946) auf 7 Millionen cbm angestiegen; dazu die Wassergewinnungsanlagen entscheidend erweitert und kürzlich erst wieder 150 000 DM für Versuchsbohrungen genehmigt. Es folgen, falls die Bohrungen glücken, weitere 20 Millionen DM für den Ausbau; (gegenwärtiger Wasserpreis: 35 Pf. pro cbm!). In den Nächten Fürths brennen über 3000 Straßenbeleuchtungskörper; nur 1/4 davon sind Gaslaternen. Davon wird noch manch eine verlöschen, sobald die Altstadtsanierung erledigt ist. Erhalten bleiben sollen indessen ein Hauch von Romantik und Zeichen unserer Geschichte.

Wovon es zeugt, daß alle Leistungen in den letzten 15 Jahren vollbracht werden konnten, ohne mehr Schulden zu haben als 213.37 DM pro Kopf der Bevölkerung? - Gewiß nicht zuletzt auch vom Fleiß der Fürther Bürger, der es der Verwaltung und dem Stadtrat - unter sozialdemokratischer Führung - ermöglicht, eine solche Bilanz zu ziehen, und der Zukunft mit Zuversicht entgegenzublicken. + + +